

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Finanzausschuss

(öffentlicher Teil)

105. Sitzung

am Donnerstag, dem 12. Juni 2003, 10:00 Uhr,
im Konferenzsaal des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Ursula Kähler (SPD)

Vorsitzende

Wolfgang Fuß (SPD)

Renate Gröpel (SPD)

Birgit Herdejürgen (SPD)

in Vertretung von Holger Astrup

Günter Neugebauer (SPD)

Hans-Jörn Arp (CDU)

Klaus Klinckhamer (CDU)

Rainer Wiegard (CDU)

Dr. Heiner Garg (FDP)

Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weitere Abgeordnete

Anke Spoorendonk (SSW)

Fehlende Abgeordnete

Berndt Steincke (CDU)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Mehr Liquidität und weniger Bürokratie für den Mittelstand durch gerechtere Besteuerung	5
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/2576	
Vorlagen des Finanzministeriums Umdrucke 15/3279, 15/3280 und 15/3419	
2. Prüfung der Kunsthalle der CAU durch den Landesrechnungshof	6
Vorlage des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur Umdruck 15/3369	
3. Bericht über ein Konzept zur vermehrten Einrichtung von Bezirksfachklassen und Landesberufsschulen	7
Vorlage des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur Umdruck 15/3368	
4. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Schleswig-Holsteinischen Schulgesetzes	8
Gesetzentwurf der Fraktion der CDU Drucksache 15/2033	
5. Konzept zur Verwendung der Zuschüsse für die Sprachförderung von Migrantenkindern vor Einschulung	9
Vorlage des Finanzministeriums Umdruck 15/3418	
6. Institut für Qualitätsentwicklung an Schulen in Schleswig-Holstein (IQSH) als Modellvorhaben nach § 10 a LHO	10
Vorlage des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur Umdruck 15/3416	
7. Zwischenbericht über den aktuellen Projektstand INPOL-neu	11
Vorlage des Innenministeriums Umdruck 15/3417	

8. Vergabe der Schienenpersonennahverkehrsleistungen auf den Strecken Hamburg-Westerland (Netz West) und Niebüll-Tønder sowie für das Zugpaar Kiel-Husum-Westerland („Sylter Welle“) **13**

Vorlage des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr
interner Umdruck 15/3447

nicht öffentlich gemäß Artikel 17 Abs. 3 LV i. V. m. § 17 Abs. 1 GeschO

Die Vorsitzende, Abg. Kähler, eröffnet die Sitzung um 10:00 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Mehr Liquidität und weniger Bürokratie für den Mittelstand durch gerechtere Besteuerung

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/2576

(überwiesen am 4. April 2003)

Vorlagen des Finanzministeriums
Umdrucke 15/3279, 15/3280 und 15/3419

M Dr. Stegner weist darauf, dass die von der CDU beehrte Umstellung von der Soll- zur Ist-Besteuerung zu höherer Rechtsunsicherheit und weniger Steuereinnahmen führen würde (Umdruck 15/3419). - Die Vertreter von CDU und FDP bezweifeln dies.

Der Ausschuss nimmt die Vorlagen des Finanzministeriums zur Kenntnis. Die Beschlussfassung über den CDU-Antrag wird auf Wunsch der CDU bis September 2003 zurückgestellt.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Prüfung der Kunsthalle der CAU durch den Landesrechnungshof

Vorlage des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur
Umdruck 15/3369

MDgt Siebenbaum wiederholt das Petitum des Landesrechnungshofs, den Rechtsstatus der Kunsthalle, die bisher eine Einrichtung der Philosophischen Fakultät der CAU sei, in eine unselbstständige Stiftung des öffentlichen Rechts der CAU umzuwandeln, weil die Kunsthalle nicht vorrangig ein Ort von Forschung und Lehre, sondern ein Kunstmuseum sei. Zur Frage der Inanspruchnahme von HBFG-Mitteln und etwaiger Rückforderungen sollte das Bildungsministerium vom Bundesbildungsministerium eine schriftliche Stellungnahme erbitten.

M Dr. Stegner und RL Janus sprechen sich seitens der Landesregierung dafür aus, den Rechtsstatus der Kunsthalle, die als wissenschaftliche Einrichtung eng mit dem Kunsthistorischen Institut der Universität verbunden sei, unverändert zu lassen. Bei Änderung der Rechtsform sei mit der Rückforderung von Hochschulbauförderungsmitteln zu rechnen. Das Ministerium werde die umstrittene Frage der HBFG-Fähigkeit gegenüber dem Wissenschaftsrat nicht „unnötig“ thematisieren.

Auf eine Frage von Abg. Neugebauer erklärt MDgt Siebenbaum, mit einem Wechsel der Rechtsform seien weder wirtschaftliche Vorteile noch Risiken verbunden.

Auf eine weitere Frage von Abg. Neugebauer teilt RL Janus unter Hinweis auf das Rechtsgutachten von Professor Dr. Eckert mit, dass nach Auskunft von wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kunsthalle keine Werke jüdischer Künstlerinnen und Künstler widerrechtlich in den Besitz der Kunsthalle gelangt seien.

Der Ausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis und spricht sich dafür aus, am bisherigen Rechtsstatus der Kunsthalle festzuhalten, weil ein Wechsel der Rechtsform keinen wirtschaftlichen Nutzen mit sich bringe.

Punkt 3 der Tagesordnung:

**Bericht über ein Konzept zur vermehrten Einrichtung von
Bezirksfachklassen und Landesberufsschulen**

Vorlage des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur
Umdruck 15/3368

Während der Landesrechnungshof nach den Worten von VP Qualen durch die Umsetzung eines entsprechenden Konzepts mehr Wirtschaftlichkeit erwartet, macht M Dr. Stegner auf Grenzen der Konzentration der Ausbildung sowie „Widerstände“ aufseiten der Wirtschaft und örtlicher Abgeordneter aufmerksam.

Der Ausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis und bittet gleichzeitig den fachlich zuständigen Bildungsausschuss, sich mit dem Konzept zur vermehrten Einrichtung von Bezirksfachklassen und Landesberufsschulen zu befassen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Schleswig-Holsteinischen Schulgesetzes

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU
Drucksache 15/2033

(überwiesen am 11. September 2002 an den Bildungsausschuss und den Finanzausschuss)

hierzu: Umdrucke 15/2753, 15/2900, 15/2966, 15/2967, 15/2976, 15/3032, 15/3064, 15/3197, 15/3481

Abg. Neugebauer bringt den Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen Umdruck 15/3481 ein.

Abg. Heinold äußert, wengleich sie Sympathie für den CDU-Gesetzentwurf habe, habe man sich mit Blick auf die in Umdruck 15/3197 dargelegten finanziellen Konsequenzen mit dem Koalitionspartner auf den vorliegenden Änderungsantrag als Kompromiss geeinigt.

Mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und FDP empfiehlt der Ausschuss dem Bildungsausschuss, den Gesetzentwurf der CDU abzulehnen und den Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen, Umdruck 15/3481, anzunehmen.

Punkt 5 der Tagesordnung:

**Konzept zur Verwendung der Zuschüsse für die Sprachförderung von
Migrantenkindern vor Einschulung**

Vorlage des Finanzministeriums
Umdruck 15/3418

Einstimmig erteilt der Ausschuss die erbetene Zustimmung zur Freigabe der gesperrten Mittel in Höhe von 100.000 € zur Sprachförderung von Migrantenkindern und regt an, dass sich der zuständige Fachausschuss mit dem Konzept zur Verwendung der Zuschüsse für die Sprachförderung von Migrantenkindern vor Einschulung befasst.

Punkt 6 der Tagesordnung:

**Institut für Qualitätsentwicklung an Schulen in Schleswig-Holstein
(IQSH) als Modellvorhaben nach § 10 a LHO**

Vorlage des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur
Umdruck 15/3416

Der Ausschuss nimmt die Vorlage ohne Aussprache zur Kenntnis.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Zwischenbericht über den aktuellen Projektstand INPOL-neu

Vorlage des Innenministeriums
Umdruck 15/3417

Der Finanzausschuss und der Landesrechnungshof äußern sich befremdet über die in der Vorlage aufgeführten Mehrkosten. Die Vorsitzende kritisiert zudem, dass der Finanzausschuss erst zwei Monate nach der Innenministerkonferenz mit einem Zwischenbericht konfrontiert werde, mit dem Mehrausgaben in Millionenhöhe verbunden seien.

Herr Stock führt aus, bei den in Rede stehenden 2,3 Millionen € handele es sich um die Betriebskosten, die auch für den Betrieb des bisherigen Verfahrens hätten aufgewendet werden müssen und entgegen der zwischenzeitlichen Hoffnung nicht eingespart werden könnten. Das BKA stelle zum 16. August 2003 die fertige Software kostenlos zur Verfügung. Für die Lizenzierung eines Applikationsservers fielen außerdem einmalige Kosten von 80.000 € an. Weitere Kosten für den Betrieb von INPOL-neu entstünden nicht.

M Dr. Stegner problematisiert die Vorgehensweise des Bundes und stellt klar, dass sich Schleswig-Holstein nicht als einziges Bundesland von dem INPOL-Verfahren abkoppeln könne, die Maßnahme allerdings im Wesentlichen durch Umschichtungen innerhalb des Geschäftsbereichs des Innenministeriums finanziert werden müsse.

Auf eine Frage von Abg. Wiegard antwortet St Döring, die mit der Kooperation beziehungsweise Integration von Datenzentrale und LIT in Hamburg verbundenen Einsparungen werde er dem Ausschuss darlegen. Darüber hinaus bietet er an, dem Ausschuss nach der Sommerpause einen Sachstandsbericht zu den finanziellen Auswirkungen der Einführung des digitalen Behördenfunks zu geben.

VP Qualen erwidert auf eine Frage von Abg. Heinold unter Hinweis auf die Tatsache, dass das Innenministerium die Datenzentrale bereits den Auftrag für die Migration von PED zu INPOL-Land erteilt habe, dass der Rechnungshof die Wirtschaftlichkeit des Projekts in der Kürze der Zeit nicht prüfen könne.

Der Ausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis und bittet die Landesregierung, den zeitlichen Ablauf der Entwicklung seit der letzten Berichterstattung darzulegen, die genauen Mehraus-

gaben (insbesondere die Verwendung der 2,3 Millionen €) zu erläutern und über die Zusammenarbeit zwischen Datenzentrale und LIT beziehungsweise der norddeutschen Länder bei dem Projekt und dadurch mögliche Kostenersparnisse zu berichten.

Die Vorsitzende, Abg. Kähler, schließt den öffentlichen und eröffnet den nicht öffentlichen Teil der Sitzung um 11:30 Uhr.

Punkt 8 der Tagesordnung:

**Vergabe der Schienenpersonennahverkehrsleistungen auf den Strecken
Hamburg-Westerland (Netz West) und Niebüll-Tønder sowie für das Zug-
paar Kiel-Husum-Westerland („Sylter Welle“)**

Vorlage des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr
interner Umdruck 15/3447

nicht öffentlich gemäß Artikel 17 Abs. 3 LV i. V. m. § 17 Abs. 1 GeschO

(siehe nicht öffentlichen Teil der Sitzung, Seite 17)

Die Vorsitzende, Abg. Kähler, schließt die Sitzung um 11:40 Uhr.

gez. Kähler

Vorsitzende

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer